

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE übermitteln wir euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet.

Bei der Übersendung über den Mailserver verzichten wir auf das Anhängen des Newsletters. Dafür archivieren wir den Newsletter unter der Adresse <http://die-linke.de/politik/kommunal/kommunalnewsletter/>.

Mit freundlichen Grüßen  
Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch und Felicitas Weck

---

## **D i e I n h a l t e**

- 1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE.**
- 2. Parlamentarische Initiativen**
- 3. Kommunaldatenbank**
- 4. Themen**
  - 4.1. Beteiligung von Bürger/innen an der Haushaltspolitik (Bürgerhaushalt)**
  - 4.2. Kommunalfinanzen**
  - 4.3. Stellung der Kommune im föderalen System**
  - 4.4. Finanzkrise und Kommunen**
  - 4.5. Transparenz**
  - 4.6. Daseinsvorsorge**
  - 4.7. Soziales und Beschäftigung**
  - 4.8. Kinder, Jugend, Familie**
  - 4.9. Verkehr**
  - 4.10. Abfallentsorgung**
  - 4.11. Energie**
  - 4.12. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung**
  - 4.13. Verschiedenes**
- 5. Veranstaltungen**
- 6. Veröffentlichungen**
- 7. Personalien – Linke Mandate**
- 8. Kontakte**

---

## **1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE**

**27. und 28. März 2010 in Essen**

**Bundesweite Kommunalpolitische Konferenz der Fraktion DIE LINKE zur Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung – „Ohne Moss nix los!“**

[http://www.linksfraktion.de/termin\\_der\\_fraktion.php?artikel=1682800686](http://www.linksfraktion.de/termin_der_fraktion.php?artikel=1682800686)

Anmeldungen bitte an: [veranstaltung@linksfraktion.de](mailto:veranstaltung@linksfraktion.de)

---

## 2. Parlamentarische Initiativen

**"Soforthilfeprogramm Kultur" zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur einrichten – Antrag der Fraktion DIE LINKE**

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700552.pdf>

**Tag der Befreiung muss gesetzlicher Gedenktag werden – Antrag der Fraktion DIE LINKE**

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700585.pdf>

**Musikveranstaltungen der extremen Rechten im vierten Quartal 2009 - Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE**

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700589.pdf>

**Rechtsextreme Aufmärsche im vierten Quartal 2009 - Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE**

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700590.pdf>

**Nutzen-für-alle-Konzept umsetzen - Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE**

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700631.pdf>

**Kinder- und Jugendreisen für alle - Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE**

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700634.pdf>

**Einschätzungen und Vorhaben der Bundesregierung zur Bildungsfinanzierung - Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE**

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700640.pdf>

**Entwurf eines Gesetzes zum Verbot der Verdachtskündigung und der Erweiterung der Kündigungsvoraussetzungen bei Bagatelldelikten – Antrag der Fraktion DIE LINKE**

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700649.pdf>

**Parteispenden von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden verbieten – Antrag der Fraktion DIE LINKE**

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700651.pdf>

**Zukunft der Bahn - Bürgerbahn statt Börsenbahn – Antrag der Fraktion DIE LINKE**

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700652.pdf>

**Weg mit Hartz IV - Für gute Arbeit und eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung – Antrag der Fraktion DIE LINKE**

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700659.pdf>

**Antisemitische Straftaten im vierten Quartal 2009 - Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE**

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700662.pdf>

---

## 3. Kommunaldatenbank

Unter dem Link <http://die-linke.de/kommunaldatenbank/> sind Anträge und Anfragen von linken KommunalpolitikerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet einsehbar. Die Datenbank soll Anregung und Hilfestellung für die eigene Arbeit vor Ort geben. Diese Datenbank wächst und gedeiht aber nur, wenn alle mithelfen und ihre Anträge zur Einstellung weiterreichen an [felicitas.weck@die-linke.de](mailto:felicitas.weck@die-linke.de).

- Antrag: Finanzierung von KiTa-Gruppenfahrten
- Antrag: Hartz IV-EmpfängerInnen zu Beginn der Ausbildung finanziell absichern

- Antrag: Sanierungsprogramm zur Kostenreduzierung bei den kreiseigenen Gebäuden
  - Anfrage zur Qualifikation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der ARGE
  - Anfrage zu kommunalen Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II
  - Anfrage zum strategischen Einsatz der Eingliederungsleistungen als Mittel der Eingliederung Arbeitssuchender
  - Anfrage zur Barrierefreiheit in Schulen und anderen Gebäuden
- 

## 4. Themen

### 4.1. Beteiligung von Bürger/innen an der Haushaltspolitik (Bürgerhaushalt)

#### **Bürgerhaushalte: Chance für kommunale Nachhaltigkeit?**

Immer mehr Städte und Gemeinden räumen ihren Bürgerinnen und Bürgern Mitsprache bei der Planung der kommunalen Finanzpolitik ein.

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2010/2010-02-04/trend-buergerhaushalte-chance-fuer-kommunale-nachhaltigkeit/>

#### **Berlin-Lichtenberg setzt Bürgerhaushalt erfolgreich fort**

Der Bezirk Lichtenberg wird 2010 zum sechsten Mal Bürgerinnen und Bürger an der Aufstellung des Haushaltes beteiligen. Auch diesmal wird es Änderungen am Verfahren geben. Bürgerinnen und Bürger wird ein längerer Zeitraum für Diskussionen eingeräumt (April bis Juli eines Jahres), der stadtteilbezogene Dialog wird durch die Stadtteilzentren organisiert, es wird wieder einen Votierungstag geben (im September) und die Information über die Umsetzung der Vorschläge und Ideen der Bürgerinnen und Bürger soll umfassender erfolgen.

[http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/bvv-online/\\_tmp/tmp/45081036123347105/123347105/3808361/00083061/61-Anlagen/01/1\\_Version\\_vom\\_14.01.2010.doc](http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/bvv-online/_tmp/tmp/45081036123347105/123347105/3808361/00083061/61-Anlagen/01/1_Version_vom_14.01.2010.doc)  
[http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/bvv-online/\\_tmp/tmp/45081036123347105/123347105/3808361/00083061/61-Anlagen/02/BA\\_Vorlage\\_010\\_2010-2\\_Anlage\\_1.doc](http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/bvv-online/_tmp/tmp/45081036123347105/123347105/3808361/00083061/61-Anlagen/02/BA_Vorlage_010_2010-2_Anlage_1.doc)

#### **Publikationen zur Demokratisierung von Haushaltspolitik (Bürgerhaushalt)**

Haushalt, Haushaltspolitik und Demokratie – Bedingungen und Strategien einer partizipativen Haushaltspolitik

[http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Manuskripte\\_54.pdf](http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte_54.pdf)

#### **Weshalb? Wieso? Warum? Argumente für den Bürgerhaushalt (konkrete Handlungsempfehlungen)**

[http://www.kommunalpolitik-berlin.de/pdf/IH\\_kpf\\_Buergerh.pdf](http://www.kommunalpolitik-berlin.de/pdf/IH_kpf_Buergerh.pdf)

#### **Dokumentationen der bundesweiten Netzwerktreffen Bürgerhaushalt**

<http://www.service-eine-welt.de/buergerhaushalt/buergerhaushalt-infomaterial.html>

### 4.2. Kommunal Finanzen

#### **Kieseuro für Kommunen**

Die Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag wollen erreichen, dass künftig pro abgebauter Tonne Kies oder Sand ein Euro in die Kassen der Bezirksregierung gezahlt werden muss. Dafür haben sie einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Kieseuros ins Spiel gebracht.

<http://www.derwesten.de/nrz/niederrhein/Gruene-wollen-Kieseuro-fuer-Kommunen-id2409565.html>

#### **Public Private Partnership: Die Plünderung des Staates**

Wie bei früheren Formen der Privatisierung werden die hochfliegenden Versprechungen nicht eingehalten. Dennoch forcieren Regierungen, Banken und Investoren PPP mehr denn je. Auf diese Weise droht eine zweite große Privatisierungswelle – mit desaströsen Folgen.

<http://www.jungewelt.de/2010/01-30/028.php>

### 4.3. Stellung der Kommunen im föderalen System

#### **Kiels Oberbürgermeister: Bundesländer sind überflüssig**

Torsten Albig meint: Den Städten und Gemeinden würde es ohne Länder deutlich besser gehen. Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) hat einen radikalen Umbau des föderalen Systems in Deutschland gefordert.

[http://www.kommunalinformationen.de/03\\_10/newsletter\\_03\\_10\\_00\\_print.html](http://www.kommunalinformationen.de/03_10/newsletter_03_10_00_print.html)

### 4.4. Finanzkrise und Kommune

#### **Städtetag fordert Entschuldung für besonders finanzschwache Kommunen**

Der Deutsche Städtetag warnt vor den Folgen der steigenden kommunalen Verschuldung. Dieses Problem berge eine gewaltige Sprengkraft, sagte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth aus Frankfurt am Main, in einer Rede in Essen während der Fachtagung des kommunalen Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“.

<http://www.staedtetag.de/10/presseecke/presseDienst/artikel/2010/02/19/00680/index.html>

#### **Immer mehr Kommunen fordern einen Rettungsschirm**

Angesichts eines bis zum Jahr 2013 zu erwartenden Defizits von fast 50 Milliarden Euro in den kommunalen Kassen forderte der Städte- und Gemeindebunde den Bund auf, einen Rettungsschirm für Städte und Gemeinden aufzuspannen, der die Investitionskraft der Kommunen stärkt, Wachstum ermöglicht und ihre Handlungsfähigkeit sichert. Immer mehr Kommunen in Deutschland schließen sich inzwischen dieser Forderung an.

[http://www.dstgb.de/homepage/kommunalreport/wir\\_sind\\_ausgepresst\\_wie\\_eine\\_zitrone/index.html](http://www.dstgb.de/homepage/kommunalreport/wir_sind_ausgepresst_wie_eine_zitrone/index.html)

#### **Resolution des Gemeinderates Hövelhof (NRW)**

Die Mitglieder des Rates sehen aufgrund der prekären Haushaltslage die Zukunftsfähigkeit ihrer Gemeinde gefährdet. Sie appellieren an die Landesregierung und den Landtag sich über den Bundesrat für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen einzusetzen.

[https://hoevellhof.more-rubin1.de/show\\_pdf.php](https://hoevellhof.more-rubin1.de/show_pdf.php)

#### **Bundestagsfraktion DIE LINKE fordert angemessene Finanzausstattung der Kommunen**

In einer aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages fordert Katrin Kunert, kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE eine angemessene Finanzausstattung und ein einlagbares Mitwirkungsrecht für Kommunen.

<http://www.linksfraktion.de/go.php?nlid=1903936227&lid=290>

#### **Bund plant weitere Steuererleichterungen - erneute Steuerausfälle für Kommunen**

In ihrer Stellungnahme zum „Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher EU-Vorgaben und anderer steuerrechtlicher Vorschriften“ (Drs. 17/506) warnen die kommunalen Spitzenverbände vor massiven zusätzlichen Steuerausfällen in einer Größenordnung von jährlich weit mehr als 1,7 Mrd. Euro, welche im Falle einer Umsetzung der in diesem Gesetzgebungsverfahren zusätzlich unterbreiteten Reformvorschläge zur Besteuerung der Funktionsverlagerung und zur Hinzurechnungsbesteuerung bei Finanzdienstleistungsunternehmen Bund, Ländern und Kommunen drohen. Allein für die kommunale Ebene ist dabei mit einem zusätzlichen Ausfallvolumen von jährlich deutlich mehr als 650 Mio. Euro zu rechnen.

[http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a07/anhoerungen/2010/006/Stellungnahmen/14-Bundesverei\\_d\\_komm\\_Spitzenverb.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a07/anhoerungen/2010/006/Stellungnahmen/14-Bundesverei_d_komm_Spitzenverb.pdf)

#### **Stadt Leipzig will für Zocker bürgen - Verluste von 290 Millionen Euro drohen**

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/164438.stadt-leipzig-will-fuer-zocker-buergen.html>

### 4.5. Transparenz

#### **Vereinfachte Bekanntmachung nach § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz**

Die Stadt Hückeswagen (NRW) veröffentlicht sämtliche Funktionen und Mitgliedschaften der Ratsmitglieder. Diese Veröffentlichung entspreche dem § 17 des Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen vom 16.12.2004. Auf der Internetseite der Stadt kann ab sofort eine Liste der Mitgliedschaften und Funktionen der Rats- und Ausschussmitglieder der Stadt Hückeswagen sowie alle Mitgliedschaften des Bürgermeisters eingesehen werden.

[www.stadt-hueckeswagen.de](http://www.stadt-hueckeswagen.de)

<http://www.stadt-hueckeswagen.de/article24814-8878.html>

## 4.6. Daseinsvorsorge

### **Bundesgerichtshof urteilt zu Wasserpreisen**

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) nimmt die heutige Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) zu Wasserpreisen enttäuscht zur Kenntnis. Der BGH hatte über den Beschluss des OLG Frankfurt/Main zur Rechtmäßigkeit einer Preissenkungsverfügung der Landeskartellbehörde Hessen gegen die enwag Wetzlar zu entscheiden. Anscheinend sah sich der BGH auf der Grundlage des bestehenden Rechtsrahmens nicht in der Lage, für die Überprüfung von Wasserpreisen, insbesondere für die Vergleichbarkeit von Wasserversorgern, spezifische Kriterien zu entwickeln. „Dadurch wird deutlich, dass der bestehende Rechtsrahmen die wesentlichen Rahmenbedingungen der Wasserversorgung nicht ausreichend berücksichtigt“, so VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck. „Der Gesetzgeber ist hier in der Pflicht, den gesetzlichen Rahmen entsprechend anzupassen!“

### **Öffentliche Betriebe sind häufig günstiger**

Zahlreiche Kommunen haben zuvor privatisierte Aufgaben wieder selbst übernommen. Fallstudien zeigen: Öffentliche Betriebe sind häufig günstiger, obwohl sie die Beschäftigten besser bezahlen als private Anbieter.

[http://www.boeckler.de/32014\\_102950.html](http://www.boeckler.de/32014_102950.html)

## 4.7. Soziales und Beschäftigung

### **Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland**

Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen. DIW-Wochenbericht 7/2010

[http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.347307.de/10-7-1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.347307.de/10-7-1.pdf)

### **Krise geht ans Geld der Beschäftigten.**

Jeder zweite Betrieb mit mehr als 20 Beschäftigten ist in Deutschland von der Wirtschaftskrise betroffen, Böckler Impuls 02/2010

<http://www.axel-troost.de/article/4298.tarifpolitik-krise-geht-ans-geld-der-beschaeftigten.html>

### **Landessozialgericht urteilt gegen Anrechnung der Abwrackprämie auf ALG II**

„Die staatliche „Umweltprämie“ ist zweifelsfrei einem anderen Zweck als Unterhalt oder Eingliederung im Sinne des § 1 Abs. 2 SGB II zuzuordnen; im Falle der Anrechnung der Prämie als Einkommen bei der Berechnung der Leistungen nach dem SGB II würde der von der Bundesregierung mit der Richtlinie verfolgte Zweck vereitelt. Diese Auffassung hat sich mittlerweile in der sozialgerichtlichen Rechtsprechung überwiegend durchgesetzt...“

<http://tinyurl.com/yafmqbx>

## 4.8. Kinder, Jugend und Familie

### **Volksbegehren für eine bessere Ausstattung von Kindergärten**

Am 10. Februar 2010 wurde das Volksbegehren für eine bessere Ausstattung von Kindergärten mit einer landesweiten Unterschriftensammlung gestartet.

<http://www.stz-online.de/nachrichten/thueringen/thueringen/art2935.1069488>

<http://www.stz-online.de/nachrichten/thueringen/thueringen/art2935.1071618>

### **Volksinitiative für kostenloses Mittagessen gestartet**

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat am Dienstag in Schwerin eine Volksinitiative für kostenloses warmes Mittagessen in den Kindergärten und Grundschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern gestartet.

[http://www.epd.de/ost/ost\\_index\\_71765.html](http://www.epd.de/ost/ost_index_71765.html)

## 4.9. Verkehr

### **Car-Sharing: Mobilitätsexperten sehen Nachhaltigkeitschancen für Kommunen**

Deutsche Städte und Gemeinden ächzen unter der angespannten Haushaltslage und müssen sparen. Eine Möglichkeit dazu eröffnen sogenannte Car-Sharing-Angebote. Die Stadt schafft Pkw für die eigenen Behörden dann nicht mehr selbst an, sondern greift für einen Teil der benötigten Fahrleistung auf den Fuhrpark privater Dienstleister zurück. Bremen, Karlsruhe und viele weitere Kommunen machen das schon so und haben gute Erfahrungen gesammelt. Andere Städte überlegen gerade den teilweisen Umstieg auf Gemeinschaftsautos. Ein Selbstläufer ist die Alternative zum stadt-eigenen Fuhrpark aber noch nicht. Mobilitätsexperten meinen, dass dem auch noch mentale Hürden entgegenstehen.

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2010/2010-02-18/car-sharing-mobilitaetsexperten-sehen-nachhaltigkeitschancen-fuer-kommunen/>

#### 4.10. Abfallentsorgung

##### **Neuordnung der Verpackungsentsorgung**

Vom Bundesumweltministerium wird zurzeit die Novellierung der Verpackungsordnung vorbereitet. Kommunen fordern in diesem Kontext, dass die Durchführung bzw. Ausschreibung der Sammlung von Verpackungsabfällen in kommunaler Verantwortung erfolgt. Gleichzeitig soll die Finanzierung im Rahmen der Produktverantwortung der Hersteller sowie die Absicherung der Finanzierung der Verpackungsentsorgung und Vorgabe einer einheitlichen Verwertungsquote von 75 Prozent erfolgen.

[http://www.dstgb.de/homepage/kommunalreport/neuordnung\\_der\\_verpackungsentsorgung\\_verb\\_aende\\_praesentieren\\_gemeinsames\\_positionspapier/index.html](http://www.dstgb.de/homepage/kommunalreport/neuordnung_der_verpackungsentsorgung_verb_aende_praesentieren_gemeinsames_positionspapier/index.html)

#### 4.11. Energie

##### **Keine weiteren Kürzungen bei Erneuerbaren Energien vornehmen**

Der Deutsche Städtetag begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die Förderung der Solarenergie nicht bereits zum April 2010 zu reduzieren, sondern die Absenkung auf den 1. Juni 2010 zu verschieben. Damit wird der Situation Rechnung getragen, dass viele bereits genehmigte Solaranlagen, die noch auf Basis der alten Förderung geplant waren, aufgrund der Witterung erst später installiert werden können

<http://www.staedtetag.de/10/pressecke/pressediens/artikel/2010/02/11/00679/index.html>

#### 4.12. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

##### **Gesundheitsförderung in den Quartieren der Sozialen Stadt"**

Am 20. Januar 2010 fand in Berlin die Tagung "Gesundheitsförderung in den Quartieren der Sozialen Stadt" statt. Die Dokumentation der Fachveranstaltung können Sie auf der Homepage des Kooperationsverbundes "Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten" unter dem folgenden Link abrufen:

<http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/fachtagung-quartier>

##### **Aktivierung von Zivilgesellschaft in der sozialen Stadt**

Das "Berliner Memorandum: Zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Sozialen Stadt stärken!" besteht aus zehn Forderungen und soll Brücken bilden zwischen den Diskursen zur Stadtentwicklungspolitik und zur Gemeinwesenarbeit vor Ort. Ebenfalls erschienen ist der ausführliche Endbericht zum Modellprojekt mit einer Dokumentation der Projektbeispiele, sowie die Dokumentation der BAG-Fachkonferenz in Berlin im September 2009.

[http://www.bagsozialestadtentwicklung.de/fileadmin/downloads/BAG\\_Brosch\\_web.pdf](http://www.bagsozialestadtentwicklung.de/fileadmin/downloads/BAG_Brosch_web.pdf)

[http://www.bagsozialestadtentwicklung.de/fileadmin/downloads/BAG-NSP\\_Endbericht\\_Teil1.pdf](http://www.bagsozialestadtentwicklung.de/fileadmin/downloads/BAG-NSP_Endbericht_Teil1.pdf)

[http://www.bagsozialestadtentwicklung.de/fileadmin/downloads/BAG-NSP\\_Endbericht\\_Teil2.pdf](http://www.bagsozialestadtentwicklung.de/fileadmin/downloads/BAG-NSP_Endbericht_Teil2.pdf)

#### 4.13. Verschiedenes

##### **Ausstellungsempfehlung – „Opfer rechter Gewalt“**

Existiert vor Ort eine agile Neonazi-Szene? Soll ein Zeichen gegen rechte Gewalt in der Kommune gesetzt werden? Oder ist an der Schule ein Projekttag zum Thema Rechtsextremismus geplant? Die Ausstellung \*Opfer rechter Gewalt\* ist in all diesen Fällen ein geeignetes Mittel, die Auseinandersetzung mit rechten Gewalt und der tödlichen Dimension des Rechtsextremismus zu führen.

Die Ausstellung positioniert sich gegen die Verdrängung und Relativierung rechter Gewalt. Ihr zentrales Anliegen ist die Anerkennung der Opfer und die Erinnerung an sie. Seit 2004 wandert die Ausstellung durch die Bundesrepublik.

<http://www.opfer-rechter-gewalt.de/www/ausstellung.htm>

<http://www.opfer-rechter-gewalt.de/www/service/down/kurzinfo.pdf>

Kontakt: Julia Stegmann

Email: [ausstellung@opferperspektive.de](mailto:ausstellung@opferperspektive.de)

Telefon: 0151 59100107

---

## 5. Veranstaltungen

Alle kommunalpolitisch interessanten Termine sind hier eingestellt:  
[www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/termine/](http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/termine/)

Neu:

**12. März 2010**

**Der Öffentliche Beschäftigungssektor in Berlin**

Veranstalter: Hellen Panke e.V.

Ort: Berlin

Info: <http://www.helle-panke.de/topic/3.html?id=479&context=0>

**18./19. März 2010**

**Sozialplanung gegen Armut und soziale Ausgrenzung**

Veranstalter: Verein für Sozialplanung e.V.

Ort: Mülheim an der Ruhr

Info: [http://www.sozialestadt.de/termine/termin\\_ansicht.php?id=2573](http://www.sozialestadt.de/termine/termin_ansicht.php?id=2573)

---

## 6. Veröffentlichungen

**Klaas Engeleken**

**Das Konnexitätsprinzip im Landesverfassungsrecht. Die Kommunen und die Aufgabenübertragung durch die Länder.**

Baden-Baden. Nomos, 2009, ISBN 978-3-8329-5029

Kurzbeschreibung: Der Autor würdigt die Rechtsprechung und Literatur sowie das Landesverfassungsrecht auch anderer Bundesländer. Umstritten sein wird allerdings die Auffassung, bei den sogenannten Altfällen gälten frühere bundesrechtliche Regelungen kommunaler Zuständigkeit nach Art. 125 a Abs. 1 Satz 1 GG fort, weshalb Erweiterungen und Änderungen der hierdurch übertragenen Aufgaben zulässig seien, ohne dass es einer landesrechtlichen Übertragung im Sinne des Konnexitätsprinzips bedürfe. Die Schrift enthält zahlreiche Analysen und Denkanstöße, die auch über die Landesgrenze Baden-Württembergs von Interesse sein dürften.

Beck, S. **Migranten-Milieus. Dem Leitbild Bürgergesellschaft verpflichtet. Ein Kompass für die Stadtgesellschaft**

Berlin, vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, 2009 (vhw-Schriftenreihe; 1)

Braunschweig: **Kinderstadtführer für Braunschweig**, von Kindern für Kinder. Braunschweig: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, 2008. ISBN 978-300-026605-8

---

## 7. Personalien – Linke Mandate

**Martina Michels - Vizepräsidentin des Ausschusses der Regionen**

Wir gratulieren ganz herzlich! Martina Michels, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus, ist am 10. Februar 2010 in Brüssel zur stellvertretenden Vizepräsidentin des Ausschusses der Regionen gewählt worden. Damit vertritt erstmals eine Berlinerin und Politikerin der Linken die Länder und Kommunen der Bundesrepublik in dieser Funktion.

<http://www.linksfraktion-berlin.de/politik/presse/detail/zurueck/presse-10/artikel/fraktion-gratuliert-martina-michels/>

---

## 8. Kontakte

Katrin Kunert  
Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag  
Tel.: 030 227 74488  
Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Mail: [katrin.kunert.@bundestag.de](mailto:katrin.kunert.@bundestag.de)

Dr. Petra Brangsch  
wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert  
Tel.: 030 227 74490  
Fax: 030 227 76489  
Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Mail: [katrin.kunert.ma02@bundestag.de](mailto:katrin.kunert.ma02@bundestag.de)

Felicitas Weck  
Referentin Bund-Länder-Koordination  
Tel.: 030 227 52114  
Fax: 030 227 56411  
Funk: 0174 9122351

Büro: Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Mail: [felicitas.weck@linksfraktion.de](mailto:felicitas.weck@linksfraktion.de)

